

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No. 23.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6176.

Hannover
Sonnabend, 17. November 1900.

Geschäftsinserate pro 8 gespalt. Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offerteneinnahme 10 Pf. Redaktion: Beinh. 31. Verlag: Mittelstr. 46.

9. Jahrg.

Zur Beachtung!

Als Agitationsmaterial ist vom Vorstande zu beziehen: **Werkzeuge in deutscher und polnischer Sprache** und ein Flugblatt, das sich direkt an die Arbeiterinnen wendet.

Die Protokolle vom letzten Verbandstage sind nahezu vergriffen, trotzdem eine Anzahl von Verbandsorten ihre Bestellungen noch nicht aufgegeben hat. Die Kollegen wollen nun ihre Bestellungen sofort machen, da wir später einlaufende nicht mehr berücksichtigen können.

Die Nachträge zum Statut sind nunmehr allen Orten zugegangen; die am Orte vorhandenen Bestände an Mitgliedsbüchern werden nicht zurückgeschickt, sondern verbraucht und jedem Buch ein Nachtrag beigelegt.

Noch einmal sei darauf aufmerksam gemacht, daß seit dem 1. Oktober das Eintrittsgeld 30 Pf. beträgt.

Mit kollegialischem Gruss
Aug. Brey.

Ueberproduktion und Krise.

Es besteht heute nirgends mehr ein Zweifel darüber, daß die nach einer mehrjährigen Krise im Jahre 1895 wieder eingetretene allgemeine wirtschaftliche Prosperität, die speziell in Deutschland eine beispiellose Höhe und Ausdehnung erfahren hat, an ihrem Ende angelangt und neuerdings die Krise eingetreten ist. Sie begann in der Textilindustrie, erfaßte die Eisen-, Stahl-, Metall- und Maschinenindustrie, die Dampferbau-, die Holzindustrie u. a. und ist im letzten Zuge, demnach das ganze nationale und internationale Wirtschaftsleben zu erfassen und zu verschlechtern.

Der Aufschwung ging seiner Zeit, im Jahre 1895, von der Eisen- und Stahlindustrie aus und die Ursache dazu war das Aufkommen neuer blühender Industrien, wie der elektrotechnischen und der Fahrradindustrie, wozu sich der verstärkte Materialbedarf der immer mehr ausgedehnten Hauptbahnen, der Neubau zahlreicher kleiner Nebenbahnen, der Bau von neuen Straßenbahnen und der Umbau bestehender Straßenbahnen in den Städten vom Pferdebetrieb zu elektrischem Betrieb, die Umwandlung der Gasbeleuchtung in elektrische Beleuchtung und deren Neueinführung in kleineren Städten und Dörfern, wo man bis dahin noch mit Öllampen die nächtliche Beleuchtung der Straßen bewirkte, große Schiffschaffungen seitens der staatlichen Marine wie der großen Schiffbauwerkstätten, umfangreiche Bau- und Wohnzwecke für industrielle und gewerbliche Zwecke gefüllten. Von Jahr zu Jahr war die Prosperität intensiver und blühender, das ganze Wirtschaftsleben wurde von ihr erfaßt und im Jahre 1899 erreichte sie einen vorher nie gekannten, in der ganzen Wirtschaftsgeschichte Deutschlands bis dahin nicht erreichten Höhepunkt. Allmählich hatte ein solcher Optimismus in weitesten Kreisen Platz gegriffen, daß förmlich an eine ewige Dauer dieser Prosperität geglaubt wurde. So verknüpften die Handelskammerberichte für 1899 mit glänzenden Schilderungen der industriellen Verhältnisse die feste Zuversicht auf den ungeschwächten Fortbestand der Industriebüthe im laufenden Jahre und für die weitere Zukunft.

Und nun, ehe noch das erste Halbjahr des laufenden Jahres vollendet, war der Krach da. Von Amerika ausgehend, wo Anfang Juni in Folge falscher Berichte über die Aussichten der Getreidernten eine Börsenpanik stattfand, die zu einer vorübergehenden Erhöhung der Getreidepreise wie zu einem tiefen und dauernden Preissturz in der Eisenindustrie führte, pflanzte sich diese erste Erschütterung des stolzen Prosperitätsgebäudes wie ein Lauffeuer über alle Industrieländer fort, die am 9. Juni an der Berliner Börse in einem solchen Maße wirkte, daß man in Erinnerung an den schwarzen Freitag im Mai 1873 in Wien von einem schwarzen Sonnabend redete. Die Grundlage der Prosperität in Deutschland muß aber keine solide mehr gewesen sein, sonst hätte dieselbe nicht der erste Windstoß über den Haufen werfen können.

Und in der That war sie auch keine solide mehr. Die Industrieanlagen aller Art haben in den fünf Prosperitätsjahren eine solche bedeutende Ausdehnung und Vermehrung, die technischen Einrichtungen eine

solche Verbesserung und einen solchen Umfang, die Zahl der beschäftigten Arbeiter eine solche Steigerung und in Folge dessen die gesammte industrielle Produktion eine derartige Erhöhung erfahren, daß der Moment der Ueberproduktion in kurzer Zeit eintreten mußte. Beschleunigt wurde der Ausbruch der Krise durch die wahnsinnige Preissteigerung der Rohstoffe, namentlich der Kohle und des Eisens; sodann durch die Geldknappheit und die Steigerung des Zinsfußes bis zur unerhörten Höhe von 8 Prozent, durch die lange Dauer des südafrikanischen Krieges und endlich durch die chinesischen Wirren.

Gelommen wäre die Krise auch ohne alle die letztgenannten äußeren Ursachen, nur jedenfalls etwas später; denn die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit dem Mangel der Regelung von Produktion und Konsumtion bedingt den Wechsel von Krise und Prosperität und Prosperität und Krise ebenso sehr, wie die Umdrehung der Erde um ihre Achse den Wechsel von Tag und Nacht.

Nun stehen wir bereits mitten in der Krise drin und alle deren Begleiterscheinungen sind schon zu verzeichnen: Betriebsbeschränkung, Reduktion der Arbeitszeit, Arbeiterentlassungen und daher Arbeitslosigkeit, Lohnreduktionen u. a. Ist die stolze Blütheperiode von dem eingetretenen Krach hinweggesetzt, wie das welke Laub der Bäume von dem ersten rauhen Winde des Oktober, so ist damit auch die optimistische Auffassung von dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die in der Bernstein-Kampagne eine Rolle spielte, vollständig über den Haufen geworfen und die Nichtigkeit der konsequenten kritischen Beurteilung derselben neuerdings bestätigt.

Nachdem wir bereits unsere Kolleginnen und Kollegen am Schicksal von den Folgen der wirtschaftlichen Niedergangs mitgenommen. Besonders stehen Lohnreduktionen jetzt auf der Tagesordnung, Entlassungen von Kollegen ereignen sich täglich, besonders in der Zementfabrikation werden die Arbeiter zu Hunderten entlassen. Während der fetten Jahre, der gesteigerten Nachfrage nach den Erzeugnissen der Zementindustrie strich die Besitzer der Produktionsmittel, der Altien-schneide, die gesteigerten Dividenden ein, die Arbeiter hatten für die paar Groschen besserer Bezahlung erhöhte Quantitäten an Arbeit fertig zu schenken, heute schon wandern sie brotlos von Ort zu Ort. Diese Vorgänge im Wirtschaftsleben, was predigen sie den Arbeitern Anderes als: organisiert Euch, schließt Euch zusammen, um eine planvolle Produktion zu erstreben, die den Arbeitern geregelte, nicht durch Arbeitslosigkeit unterbrochene Arbeit bei ausreichender Bezahlung garantiert.

Die Hauptthätigkeit des Verbandes der Metall-Industriellen.

Der Geschäftsbericht des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller für das Jahr 1899 theilt mit, daß bei den Verbandsmitgliedern 24 Streiks eingetreten sind, die das Eingreifen des Gesamtverbandes erheischten. Davon entfielen 59 Prozent auf die Formier-, 25 Prozent auf die Metallarbeiter, 8 Prozent auf Schmiede und Stellschmiede und ebenfalls 8 Prozent auf die Kupferschmiede. Daraus folge, daß die Formier im Sinne der Arbeiter zum engsten Zusammenschluß organisiert sind. Die Opfer, welche den Arbeitgebern durch diese Streiks aufgezwungen wurden, seien thatsächlich sehr große gewesen. Der Gesamtverband sei überall gegen „unbotmäßige Arbeiter und notorische Hezer ganz energisch vorgegangen.“ In Dresden wurden aus Anlaß des Streiks bei Fischer u. Wirsch ein Hobler und 10 weitere Hezer und Versöhler auf die Dauer von 4 Wochen gesperrt. Die 7 Hauptanstifter eines Streiks auf den Howaldtswerken in Kiel, werden seitens des Gesamtverbandes nach wie vor gesperrt gehalten. 16 streikende Formier in Delmenhorst (Grise u. Komp.) sind ebenfalls „gesperrt“. In Frankfurt a. M. wurden 8 Formier und Tagelöhner der Firma Beyer u. Sohn wegen Streikens 6 Wochen lang gesperrt. Die ausländigen Formier von Wolff u. Komp. in Heilbronn sind für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt. Zueinem heißen Kampf zwischen dem Gesamtverband und der Formierorganisation kam es im Leipzig aus Anlaß des Formierstreiks bei Becker u. Ko. Außer den 193 Ausständigen der Firma Becker u. Ko. wurden noch weitere 529 Mann bei 21 Leipziger Firmen wegen der Feier des 1. Mai ausgesperrt und den Streikenden die zweijährige Sperre angedroht, falls

sie nicht bis zu einem bestimmten Termin die Arbeit wieder aufnehmen würden. Im November wurde der Kampf beendet, mit der totalen Niederlage der Formier, wie es im Bericht heißt. In Ruffenhäusen wurden 21 streikende Formier der Firma Mann für die Betriebe des Gesamtverbandes gesperrt, bei der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft 55 Stimmer. Von 52 streikenden Schlossern, Drehern, Formieren u. s. w. des Eisenwerks zu Dülten konnten Dreiviertel nach vier Wochen vom Gesamtverbande wieder freigegeben werden, nachdem sie ihren Austritt aus dem Metallarbeiter-Verband erklärt hatten. 26 Gießereiarbeiter der Firma Schürmann in Coswig, konnten bis heute noch nicht freigegeben werden, da die Firma „noch immer boykottiert ist und die Sächsische Arbeiter-Zeitung“ mit fester Schrift vor Zugang warnt. In Radebeul, bei Paul u. Ko., wurden 85 Formier und Kernmacher gesperrt. Der Gesamtverband hält diese Sperre der 85 Mann noch aufrecht. Die Sperre von 2000 streikenden Berliner Metallarbeitern wurde vom Gesamtverbande nach Beendigung des Streiks aufgehoben. In Kottbus wurden 34 ausländige Formier der dortigen Maschinenbauanstalt für den Gesamtverband auf eine Woche gesperrt, in Flensburg 21 Kupferschmiede der Firma Hansen u. Coos. Ein wegen lebhaften Agitirens entlassener Dreher einer Berliner Firma wurde „für den Bereich des Gesamtverbandes dauernd gesperrt.“ 42 Formier und Hilfsarbeiter der Firma Grupp in Gansstätt wurden wegen Streikens 18 Wochen gesperrt, desgleichen 62 Formier der Firma Gebrüder Neuling in Plannheim für die Dauer des Streiks.

Wie im Bericht weiter mitgeteilt wird, ist beschlossen worden, daß die am 1. Mai feiernden Arbeiter der Verbandswerke als Streikende betrachtet werden sollen, gegen welche die einschlägigen Maßregeln zu ergreifen sind. Als einheitliche Normalarbeitszeit gilt für den Gesamtverband die 10stündige Arbeitszeit. Arbeiter, die nicht als willenlose Sklaven behandelt sein wollen, brotlos machen, hungern ist nach wie vor die Hauptthätigkeit des Metallindustriellen-Verbandes.

Soziale Rundschau.

— Die „Gleichheit“ veröffentlicht einen Aufruf, aus welchem wir das Wesentlichste zum Abdruck bringen:

Genossinnen!
Die Frauenkonferenz zu Mainz hat bekanntlich dem Beschluß des Parteitags zu Hannover entsprechend den Genossinnen die Agitation für die Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes als nächste große Aufgabe anzuweisen. Es gilt nun, diese Agitation wohlüberdacht, einheitlich und kräftig durchzuführen.

Auf Grund der Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen wird die Reichstagskommission in nächster Zeit mit der Frage der industriellen Frauennarbeit und den Mitteln der Beschäftigten müssen, die sie dem der kapitalistischen Ordnung in den verschiedensten Richtungen zur Folge hat. Die Förderung der Mittel, welche geeignet sind, den festgesetzten Uebeln entgegenzuwirken, drängt sich ihm auf.

Diese Lage der Dinge muß zum Wohle der Ausgebetteten der Arbeiterinnen, ausgenützt werden!

Unsere Agitation muß Aufklärung über die Notwendigkeit und Bedeutung des gesetzlichen Arbeiterschutzes in die weitesten Kreise tragen, insbesondere aber in die Kreise der Arbeiterinnen selbst. Sie muß die Erkenntnis zum festen Willen der erforderlichen Schutzbestimmungen verbinden. Sie muß die einschlägigen Forderungen der arbeitenden Massen zur Kenntnis der gesetzgebenden Gewalten bringen, damit diese gegenüber der Aktion der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sich nicht hinter den Vorwand verschüchtern können: „Die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst beanspruchen kein größeres Maß an gesetzlichem Schutz.“

Die beschlossene Agitation kann jedoch der ihr gestellten Aufgabe nur gerecht werden, wenn sie planmäßig organisiert und energisch betrieben wird. Die Genossinnen allerorts werden deshalb aufgefordert, schleunigst die hierfür nöthigen Schritte zu thun.

Die Genossinnen, bezw. deren Vertrauenspersonen, haben sich deshalb allerorten zunächst mit den Vertretern der Genossinnen und der Gewerkschaften ins Einvernehmen zu setzen und sich mit ihnen über die praktischsten und erfolgreichsten Mittel und Wege zur Durchführung der Agitation zu verständigen. Zu berücksichtigen ist, daß von den größeren Städten und Mittelpunkten unserer Bewegung aus die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz auch in kleineren Orten und solchen Industriestädten getragen werden muß, wo die Arbeiterinnen bisher noch nicht zur Erkenntnis ihrer Lage und ihrer Interessen ermächtigt sind.

Nachdem die Genossinnen einen Ueberblick über das Arbeitsfeld ihres Ortes oder Kreises gewonnen, haben sie der unterzeichneten Zentral-Vertrauensperson unverzüglich ihre Anregungen und Wünsche mitzutheilen betreffs Zeit, Zahl u. der geplanten Versammlungen, Person der Referentinnen und Referenten, Zustellung von Flugblättern u. a. Bemerkungen sei noch

das nicht bloß besondere Versammlungen einberufen sind, welche Stellung zur Frage des gesetzlichen Arbeiterschutzes nehmen, sondern daß die Aufklärung über unsere diesbezüglichen Forderungen bei jeder sich darbietenden Gelegenheit betrieben werden muß. Die Genossinnen haben deshalb überall darauf hingewirkt, daß die Arbeiterpresse unsere Agitation in kräftiger Weise fördert. Sie müssen ferner alle in nächster Zeit stattfindenden öffentlichen politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen ausnützen, um für den Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes zu agitieren und Zustimmungsbündnisse zu unseren Forderungen zu veranlassen. In allen Versammlungen, wo die Frage des Arbeiterschutzes erörtert wird — sei es durch ein Referat, sei es unter „Beratungen“ — sollen die Genossinnen die nachstehende Resolution zur Abstimmung bringen. Der Unterzeichneten ist mitzutheilen, wo und wann die Resolution zur Annahme gelangt und wieviel Personen ihr zustimmen. Auf Grund dieser Mittheilungen erfolgt eine Aufstellung, welche den Willen der aufklärten Arbeiterinnen und Arbeiter zum klaren Ausdruck bringt und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wie dem Reichstag übermittelt wird.

Mit sozialdemokratischem Grusse
Dittlie Baader, Vertrauensperson,
Berlin W., Groß-Söfchenstraße 38,
zweiter Hof rechts, 3 Et.

Resolution, den gesetzlichen Arbeiterschutzes betreffend.

In Erwägung:

daß nachgewiesenermaßen eine lange, schwere, ungesunde oder dem weiblichen Organismus besonders gefährliche Arbeit die Gesundheit und Lebenskraft der Arbeiterinnen in besonderem Maße bedroht, damit aber auch ihr körperliches Vermögen, gesunde Mütter gesunder Kinder zu sein, ein Umstand, der dem gesamten Proletariat, ja der ganzen Nation zum Schaden gereicht;

in Erwägung:

daß eine lange und schwere industrielle Berufsarbeit den Arbeiterinnen die Möglichkeit entzieht oder wenigstens erschwert und einschränkt, sich zu bilden, anzuklären, zu organisieren, am gewerkschaftlichen und politischen Kampfe ihrer Klasse theilzunehmen, nach ihrer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gleichberechtigung als Angehörige des weiblichen Geschlechtes zu streben und dadurch ihre Lage zu verbessern;

in Erwägung:

daß die lange und schwere industrielle Berufsarbeit den Arbeiterinnen die Möglichkeit entzieht oder wenigstens erschwert und einschränkt, sich zu bilden, anzuklären, zu organisieren, am gewerkschaftlichen und politischen Kampfe ihrer Klasse theilzunehmen, nach ihrer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gleichberechtigung als Angehörige des weiblichen Geschlechtes zu streben und dadurch ihre Lage zu verbessern;

in weiterer Erwägung:

daß es für die Besserstellung der gesamten Arbeiterklasse in der Gegenwart von höchster Bedeutung ist, die Arbeiterinnen aus unorganisierten Schwärmen in gewerkschaftlich zusammengeschlossene Kampfgefährtinnen zu verwandeln, aus verständnislosen Gegnerinnen der politischen Kämpfe des Klassenbewußten Proletariats in geschulte Mitstreiterinnen;

in endlicher Erwägung:

daß das Proletariat seine volle soziale Befreiung nur erlangen kann, wenn auch die proletarischen Frauen mit aller Kraft für die Verwirklichung des sozialistischen Endziels kämpfen und wenn ein körperlich, geistig und sittlich gesundes proletarisches Geschlecht heranwächst;

in Würdigung der Thatfache:

daß die ausbreitende Kapitalistenklasse die Arbeitsbedingungen der industriell thätigen Frauen und Mädchen festlegt, ohne dabei Rücksichtnahme walten zu lassen auf die Sonderbeschaffenheit und Sonderleistungen des weiblichen Organismus, auf die Sonderaufgaben der Frau als Gattin und Mutter, auf die Sonderstellung der Frau als einer sozial minderberechtigten und daher Widerstandsschwächeren;

und in Anbetracht:

daß diese brutale Rücksichtslosigkeit der Kapitalistenklasse nicht bloß alle Interessen der Arbeiterinnen aufs Tiefste schädigt, sondern auch die des ganzen Proletariats, ja die der gesamten Nation, für deren kulturelle Entwicklung es von höchster Bedeutung ist, daß eine werthvolle Bevölkerung heranwächst, gesund und hart an Leib und Geist.

fordern wir gegenwärtig:

1. Absolutes Verbot der Nacharbeit für Arbeiterinnen.
2. Verbot der Verwendung von Arbeiterinnen bei allen Beschäftigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind.
3. Einführung des gesetzlichen Achtstundentages für Arbeiterinnen.
4. Freigabe des Sonnabend-Nachmittags für die Arbeiterinnen.
5. Aufrechterhaltung der gesetzlichen Schutzzeit für erwerbstätige Schwangere und Wöchnerinnen von 4 Wochen vor bis 6 Wochen nach der Niederkunft, Beseitigung der Ausnahme-Bewilligungen zu früherer Wiederaufnahme der Arbeit auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses, Erhöhung des Krankengeldes für Schwangere bezw. Wöchnerinnen auf die volle Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes, Obligatorische Ausdehnung der Kranken-Unterstützung der Wöchnerinnen auf die Frauen der Krankenkassenmitglieder.
6. Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie.
7. Anstellung weiblicher Fabrik-Inspektoren.
8. Sicherstellung völliger Koalitionsfreiheit für die Arbeiterinnen.
9. Aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewergerichten.

— Eine Rede. Nach dem „Vorwärts“ hat Sonnabend, den 3. November, Graf Mirbach den auf dem Bau des Augustastiftes auf dem Pfingstberge bei Potsdam beschäftigten Zimmerern eine Rede gehalten. Die Zimmerer wurden zusammengerufen und der Redner sprach an: „Die Verbandsmitglieder treten mal nach dieser Seite.“ Nachdem dies geschehen — ar, sprach Mirbach weiter:

„Leute, es freut mich, daß die Sache mit Eurer Sperre in Ordnung ist. Ich weiß auch, daß Ihr verführt seid von ganz gewissenlosen Hezern, die Euch und Eure Familien ins Unglück stürzen wollen und von Euren Großen leben, die Ihr ihnen opfert. Es haben sich Streiklisten aus Berlin hier eingeschlichen in unser friedliches Potsdam. Geht heraus aus Eurem Verband, welcher ja doch kein gewerkschaftlicher Verband ist, sondern nur ein sozialdemokratischer, und gerade die Sozialdemokraten, diese Rhinogerosse, haben Euch verführt. Leute, ich sage Euch nochmals, geht heraus aus Eurem Verein, denn wohin soll das führen, das bauende Publikum ist nicht auf Eurer Seite, ja die Bürger stoßen sich daran, und es wird Niemand mehr bauen, wenn er lange Zeit seinen Bau liegen lassen muß in Folge Eurer Streikerei, und werdet Ihr es noch soweit bringen, daß kein Mensch mehr bauen wird und Ihr werdet dann keine Arbeit mehr haben und dann werden Euch die Augen aufgehen. Und von Euch freut es mich (nach der Seite der Arbeitswilligen), daß Ihr Stand gehalten habt gegenüber diesen da, und ich verspreche Euch, daß, so lange die Kaiserin baut, werden stets die Unorganisierten beschäftigt werden; so, nun geht und arbeitet in Ruhe und Frieden miteinander u. s. w.“

Wenn sich nun das gährnde Streikdrachengift nicht in pure Milch der arbeitswilligen Denkart verwandelt, dann — muß Mirbach noch öfter reden.

— Zur Hygiene der Bäckereien sind seitens des inneren Reichsamtes folgende Vorschläge ausgearbeitet und den Bäckermeistern unterbreitet worden (den Arbeitern nicht!): Der Fußboden darf nicht tiefer als einen halben Meter unter dem Erdboden liegen. Die Backräume müssen mindestens 3 Meter hoch und ge-

nügend mit Fenstern versehen sein, um alle Theile des Raumes genügend mit Licht und Luft zu versehen. In Bäckereien, in welchen regelmäßig mehr als zwei Ge- hilfen und Lehrlinge beschäftigt werden, müssen ferner für das Backhaus und die Backstube getrennte Räume vorhanden sein. Die Zahl der in jedem Arbeitsraum beschäftigten Personen muß so bemessen sein, daß auf jede wenigstens 15 Kubikmeter Luftraum kommen. Die Temperatur in den Arbeitsräumen darf 18 Grad Celsius nicht übersteigen.

Endlich sollen noch besondere Ankleide- und Waschräume vorhanden sein. Für Bäckereien, in denen diesen Anforderungen nur durch erhebliche Um- oder Neubauten entsprochen werden kann, ist eine zehnjährige Schonzeit vorgezogen, während welcher nur für die dringendsten Mängel Beseitigung verlangt wird. — Zehn Jahre sind eine lange Frist, noch einmal so lang, als die voraussichtliche Dauer der geltenden Bäckerschulverordnung. Die neue Verordnung wird also den Bäckermeistern nicht wehe thun.

— Die Opfer der Krise. Die Verwaltung der Hulschinsky'schen Holzwalzwerke giebt, wie die „Kattowitzer Zeitung“ mittheilt, durch Aussenan- hang bekannt, daß sämtliche Lohnsätze aller Schicht- und Akkordarbeiter vom 1. November ab um 10 Pro- zent herabgesetzt werden. Auch sind in diesem Etablissement seit einigen Wochen Feterschichten des Sonnabends eingeführt worden.

Die Arbeiter, deren Lohnaufbesserungen mit dem Steigen des Unternehmerprofites während der Jahre der Prosperität bei Weitem nicht gleichen Schritt gehalten haben, müssen sich nunmehr Lohnabzüge gefallen lassen, um den Unternehmerprofit auch während der Zeit der Geschäftsstockung möglichst lange auf der alten Höhe zu erhalten. Das ist die Interessenssol- darität zwischen Kapital und Arbeit!

— Sie werden behandelt, wie sie's verdienen! Ein Musterdisziplinarreglement für die Meister der Firma Hud. Böding u. Cie., Halbergerhütte, wird jetzt in der Presse viel besprochen. Dasselbe fügt den Entlassungsgründen ohne monatliche Kündigung folgende hinzu:

11. Wer Arbeiter, welche unter ihm stehen, ohne spezielle Erlaubnis der Firma, selbst gegen Vergütung, zu Privatwecken benützt, sie in Kost und Logis nimmt, Geld von ihnen leiht, oder sich Naturalien mit oder ohne Zahlung von ihnen liefern läßt.

12. Wer sozialdemokratische Blätter hält oder verbreitet, an sozialdemokratischen Versammlungen oder Vereinen theilnimmt oder auch Wirthshäuser frequentirt, in welchen sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden oder Blätter dieser Richtung aufliegen.

Bei Strafe wird den Meistern verboten:

1. Vergütung an gegenwärtige oder ehemalige Arbeiter, ohne dem Chef der Firma ihre dahingehende Absicht vorher mitgetheilt zu haben;

2. Geschenke an Vorgesetzte oder deren Familienmitglieder, sowie jedes Nebengeschäft, mit Ausnahme des Ackerbaues, ohne spezielle Erlaubnis des Chefs der Firma. Das letztere Verbot bezieht sich auch auf die Angehörigen des Meisters (Frauen, Kinder und Verwandte, welche zu seiner Haushaltung gehören);

3. außer dem Knappschaftsverein noch einer anderen Krankenkasse anzugehören.

Tuberkulose-Merkblatt.

II. Maßregeln zur Kräftigung des Körpers.

Niemals wird es gelingen, alle Tuberkelbazillen abzu- tödnen; deshalb ist es unerlässlich, den Körper so zu kräftigen und abzuärten, daß der eindringende Keim ihn nicht krank machen kann. Die Hauptmittel sind:

Einfache und kräftige Nahrung, die bei richtiger Aus- wahl nicht über zu sein braucht. Reduzieren und beräuhende Getränke sind zu vermeiden;

eine dem Zutritte von Luft und Licht zu- gängige Wohnung; lieber vor der Stadt als im- mitten derselben; das beste Zimmer zur Schlafstube ge- währt;

halbbare, einfache Kleidung aus nicht zu dicht gemachten Stoffen, weder zu warm noch zu kühl, bei ruhigem Körper oder bei fehlender Thätigkeit wärmer als bei Bewegung; Unterlassung von Roborantien, welche die freie Bewegung beeinträchtigen, z. B. Korset und Leib- riemen.

Erst nach Beseitigung dieser unumgänglich notwendigen Sachen darf an andere Aufgaben gedacht werden.

Bei der ganzen Lebenshaltung feste Reinlichkeit und Ord- nung voran! Reiche täglich den ganzen Körper mit wässrig kaltem Wasser oder reibe ihn schnell mit einem reinen trocknen Luche ab, habe ihn in reinem Glas- oder Seewasser, oder einem ein Stundebad (unter Schonung des Kopfes), kalte Gaze und Hart, Zähne und Mund, sowie Nägel, sauber! Athme unter Schließung des Mundes durch die Nase; diese ist das natürliche für Unreinigkeiten und Schädlichkeiten. Ist die Nase verstopft, dann erst erzwinge, so laß dich durch den Mund unteruchen; das Hinderniß ist oft leicht zu be- seitigen.

Seine Arbeit verrichte ganz und mit voller Kraft; sie giebt wider Kraft; laße sie aber, soweit es mit ihrem Zwecke vereinbar ist, der Gesundheit entsprechend auszuführen. Range geborene Schwächen! Beide gebühte Stellung bei Geistesarbeit! Bist Du Erbengeber, so sei darauf be- acht, Schädlichkeiten zu beseitigen oder thunlichst einzuschränken (Trank, Rauch u. s. w.)! Arbeits- und Ruhezeit sollen im richtigen Verhältnisse stehen!

Die arbeitsfreie Zeit wende an zur Kräftigung der Lungen, welche bei der Arbeit selbst weniger Gelegenheit haben, sich zu üben! Bewege dich außerhalb der bewohnten Orte! Mache in freier Luft langsame tiefe Athembewegungen mit in die Seite gehemmten Händen! Gemähne dich auch an un- geübte Bewegung im Freien! Beschle durchgehende Reiber und Schritte! Anstrengende Übungen — namentlich Treibungen

*) Häufiges im Gesundheitsbüchlein. Bearbeitet im Reichs- Gesundheitsamt. 8. Heft, Julius Springer 1899. Preis 1 Mark.

— den Körperverhältnissen angepaßt, je nach den Mitteln unterstützt durch Gymnastik, Ballspiele, mäßiges Radfahren, Rudern, Schwimmen usw. sind die besten Bundesgenossen im Kampfe gegen die Tuberkulose.

Ende rechtzeitig das Bett an! Weide Ausschweifungen jeder Art!

Sie zerstören in Kurzem, was in Langem errungen wurde. So wenig ein Glas nicht zu süßes Bier, eine Tasse nicht zu starker Kaffee oder Thee, eine Zigarre — zur rechten Zeit genossen — dem normalen erwachsenen Körper schadet, so sehr schadet jedes Juvial.

Weide nicht Verkehr mit Personen, die an ansteckenden Krankheiten leiden; wenn Pflicht oder Beruf solchen Verkehr fordern, so laße die gebotenen Vorsichtsmaßregeln nicht aus dem Auge! Verleihe Du eine Wohnung, in welcher vorher ein Tuberkulose gelebt hat, so laße sie zuvor desinfizieren!

D. Rathschläge für besonders gefährdete Personen.

Jedermann sollte sich der vorstehenden Gesundheitsregeln befleißigen, ganz besonders aber alle Diejenigen, welche aus irgend einem Grunde die Tuberkulose mehr als Andere zu fürchten haben: schwächliche Personen, sowie solche mit langem und schmalen Körperbau bei hohem Brustkasten, namentlich wenn sie von tuberkulösen Eltern abstammen; ferner solche, welche Grund zu der Annahme haben, daß sie durch Verkehr mit schwindeltüchtigen Menschen (Verwandten, Hülfern, Arbeits- oder Spielgenossen) oder in Folge einer Erkrankung an Strophalose oder dergl. in der Kindheit den Keim der Tuberkulose bereits aufgenommen hatten; nicht minder solche, welche der Beruf gefährdet (Stauben-, Steinarbeiter usw.); endlich die von schweren Krankheiten Genesenden, sowie allgemein Diejenigen, welche an Augen- oder chronischen Halskrankheiten, Nervenleiden, Masern, Infuenza, Juckkrankheit, Gleichschicht gelitten haben oder leiden oder zu starken Stimmverlusten irgend welcher Art (Auskubeln usw.) anliegen.

Wer einen wenig widerstandsfähigen Körper hat, nehme darauf bei der Wahl des Berufes Rücksicht. Ein Beruf, der in die freie Luft führt und die Körperkräfte durch Uebung kräftigt, ist besser als eine an das Zimmer gefesselte Thätigkeit. Menschen mit empfindlichen Athmungsorganen haben nicht nur Staub (auch staubreiche Berufsthätigkeit), sondern auch Rauch (Kohlendampf eingeschlossen) und kalte, rauhe Winde zu meiden oder sich dabei entsprechend zu schützen; Sprechen in kalter Luft oder beim Gehen sollten sie unterlassen und sich vor Erkältungen und übermäßigen Körperanstrengungen hüten.

Nicht minder wichtig ist die frangemäße Durchführung der allgemeinen Schutzmaßnahmen überall da, wo durch Beruf oder sonst Menschen in großer Zahl sich regelmäßig zusammenfinden (in Schulen und Pensionaten — entsprechenden Verhalten tuberkulöser Lehrer —, Fabriken, Wirthshäusern, Armenanstalten, Bauschänken). Vernachlässigung der Tuberkulose durch Einzelne gefährdet die Gesamtheit.

E. Rathschläge für erkrankte Personen. Treten Er- scheinungen auf, welche den Verdacht einer nicht bloß vorüber- gehenden Erkrankung der Athmungsorgane erwecken: wieder- kehrender Husten (trocken oder mit Auswurf), wiederkehrende Schmerzen im Halse, Brust oder Rücken, anhaltende Abge- schlagenheit oder Reizung zur Ermüdung ohne vorangegangene Anstrengung Appetitmangel und Abmagerung, wiederkehrendes Fieber, namentlich zur Abendzeit, mit Nachtschweifen (selbst bei mäßiger Körperbedeckung), Blutspuren im Auswurfe oder gar ein Blut- wuch aus dem Halse, so ist baldigst eine gründ- liche Untersuchung durch den Arzt (auch des Auswurfes auf Tuberkelbazillen) herbeizuführen. Wird der Verdacht nicht be- stätigt, so sind gleichwohl die unter D gegebenen Rathschläge sorgfältig zu befolgen. Bestätigt sich der Verdacht, so sind die vom Arzte gegebenen Verhaltensmaßregeln zu beachten. Sein Mittel hilft, wenn nicht der Kranke durch sein allgemeines gesundheitsmäßiges Verhalten und strenge Befolgung der gebotenen Vorsichtsmaßregeln das Beste selbst dazu beiträgt. Der Kranke vergesswärtige sich die doppelte Pflicht, auf seine eigene Heilung Bedacht zu nehmen, um wieder ein nützliches, erwerbendes Glied der menschlichen Gesellschaft zu werden, aber auch durch Beachtung der Schutzmaßregeln seine Ange- hörigen, Hausgenossen und weitere Umgebung vor Ansteckung zu bewahren. Beginnende Tuberkulose ist oft heilbar, vorge- schrittenen selten; der Erfolg hängt zumieist vom rechtzeitigen Einschreiten ab.

Besondere Aufmerksamkeit ist dem Auswurfe zuzuwenden: er ist weder auf den Boden zu schleudern noch zu verschlucken, vielmehr in ein besonderes, dazu bestimmtes Gefäß, welches regelmäßig zu desinfizieren ist, zu entleeren; am besten sind Spundflaschen (etwa nach Art der Detmolder'schen), welche der Kranke mit sich führt. Musste der Auswurf ausnahms- weise ins Taschentuch entleert werden, so ist es vor dem Auswerfen auszutrocknen.

Auch durch Küßen kann die Krankheit übertragen werden. Einer schwindeltüchtigen Person ist die Ehegattin zu bringen zu widerrathen; sie warte bis zur Heilung! Tuberkulöse Frauen sollen nicht stillen oder Kinder wachen!

Bei Fieber und Reizung zu Blutungen ist Ruhe und Schonung unbedingt geboten; ausgiebiger Genuß ruhiger, von der Sonne durchwärmter, nebel-, staub- und rauchfreier Luft thut gute Dienste, am besten mit der Lagerung auf Hochbetten im Freien, an geschütztem Orte und mit genügender Bedeckung des Unterleibes.

Am sichersten wird die Heilung in einer, der Wieder- herstellung von Lungenkranken besonders gewidmeten, von einem sachkundigen Arzte geleiteter Heilstätte (Lungenheilstätte) erreicht. Bei nicht zu kurzem Aufenthalt (nicht unter drei Monaten) erlangt der folgsame und aufmerksame Kranke oft nicht nur seine Gesundheit wieder, sondern eignet sich auch die zur Vermeidung von Rückfällen erforderlichen Lebens- regeln an.

Weiter wird der vom Werk gezahlte Zuschlag zu den Knappschaffspensionen und die Gratifikation bei günstigem Geschäftsabschluss folgenden Meistern verlagert, die sich an sozialistischen Versammlungen und Umtrieben beteiligen. Als sozialistisch gelten natürlich auch alle Gewerkschafts-Versammlungen freier oder christlicher Richtung.

Endlich wird noch nach bewährtem Muster verfügt:
VII. Will ein Meister sich verheirathen, so hat er diese Absicht vor dem Godgeit dem Chef der Firma mitzuteilen, widrigenfalls er die Kündigung zu gemächtigten hat.

Galbergerhütte, den 1. Oktober 1920.
Hud. Böding u. Co.
Herr Hud. Böding ist der Schwager des Freiherrn v. Stumm!

Eine gegen den christlichen Gewerkschaftsverband gerichtete Gegenorganisation ist mit Unternehmerrückende ins Leben gerufen worden. Der neue Verein „Arbeiterbund“ schließt „gemessenlose Arbeiterführer und Agitatoren, welche durch Arbeitergroßchen ihre Existenz fristen“ sowie jede Vertretung von Sonderinteressen (der Arbeiter natürlich) grundsätzlich aus und will seinen Mitgliedern mehr bieten, als jede andere Vereinigung. Dieser Verein dürfte eine Idealorganisation nach dem Herzen der katholischen Kirchenkreise sein. Da werden die Christlichen bald am eigenen Leibe auf die Neue erfahren, zu welchen Konsequenzen die organisatorische Zersplitterung der Arbeiter führt.

Für Bleifarbenfabriken wird nach einer Meldung eine Beschränkung der Arbeitszeit von der Regierung erörtert. Der Inhaber der Rheinischen Bleiweißfabriken sowie andere Industrielle hätten sich dahin erklärt, daß weitere Herabsetzung der Arbeitszeit, die jetzt gesetzlich mit höchstens 12 Stunden bemessen ist, vielfach aber in der Praxis erheblich eingeschränkt wird, die Betriebe empfindlich schädigen würde, ohne die Zustände für die Arbeiter zu bessern. Daß die Fabrikanten abwimmeln, ist einleuchtend; was kümmert ein profitwütziges Unternehmertum die verheerende Wirkung einer langen Arbeitszeit in einem mörderischen Betriebe. Die Erörterungen, die im Messort Bosadowky angestellt werden, werden diesen Industriellen wohl nicht allzu wehe thun.

Die „Vereinigten Gummiwaren-Fabriken Harburg-Wien“ haben die Verteilung einer Dividende von 17 1/2 Prozent beschlossen. Der Pensions-, Wittwen- und Waisenkasse für die Beamten und Meister wurden 20 000 Mk. zugewendet, zu Gratifikationen für Beamte 35 000 Mk. bestimmt und der Rest von 24 305,59 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen. Die Pensions-, Wittwen- und Waisenkasse für die Beamten und Meister, welcher, wie oben erwähnt, wieder ein nennenswerther Betrag zugeteilt wurde und die vollkommen selbstständig vermarktet wird, erweist sich, wie das Harb. Kreisbl. behauptet, mehr und mehr als eine höchst segensreiche Einrichtung. Das Vermögen der Kasse beträgt 358 698,31 Mk. Also die Aktionäre kriegen 17 1/2 Prozent, die Beamten und Meister kriegen 35 000 Mk. Gratifikation und 20 000 Mk. Zuschlag zu ihrer Pensionskasse. Und was kriegen die Arbeiter?

Arbeitslosigkeit in der Textil-Industrie. Dem „Nachener Volksfreund“ wird, aus Textilarbeiterkreisen berichtet, daß durch eine Nachfrage in den Nachener Textilfabriken ermittelt sei, daß 1270 Weber beschäftigungslos seien. Einschließlich der Spinner, Färber, Appreteure, Stopferinnen z. müßte die Zahl der Arbeitslosen auf insgesamt 2500 geschätzt werden. In 20 Betrieben wurde außerdem die Arbeitszeit um 20-30 Prozent verkürzt, was mit einem entsprechenden Lohnausfall verbunden ist. Keim Firmen haben überdies den Lohn um 3-20 Prozent herabgesetzt. In der Zukunft wird die Stadtverwaltung dringlichst aufgefordert, Rothstandsarbeiten in Angriff nehmen zu lassen.

Vom sozialen Kampfplatze.

In Esslin sind von unseren Kollegen eine ganze Anzahl Lohnreduzierungen abgewehrt worden. Augenblicklich befinden sich die beim Unternehmer Menke beschäftigten Arbeiter im Streik. Auch hier ist Lohnreduzierung die Ursache. Noch immer unverändert ist der Streik der Holzgaster Kollegen von der Stickerfabrik. Deren Direktor weigert sich, den Streikenden mit einem nennenswerten Vergleichsvorschlag entgegen zu kommen.

Lohnreduzierungen werden in verschiedenen Orten den Kollegen befohrt, sie sind eine Folge der wirtschaftlichen Krise, die immer stärker einsetzt. In Spandau hatte man im Verlaufe des Sommers den auf der chemischen Fabrik beschäftigten Kollegen eine Lohnaufbesserung gewährt, jedoch sie einen Stundenlohn von 32 Pf. erzielten. Dieser lange Lohn soll ihnen nun schon wieder verkürzt werden. Wie berichtet wird, wollen die Kollegen versuchen, durch Abfendung einer Kommission gegen die Verringerung des ohnehin geringen Lohnes zu protestieren. — In Okerholz-Scharnbeck haben die Kollegen im Sommer den Stundenlohn von 23 auf 27 Pf. gebracht und die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt, von 11 auf 10 Stunden. Den Fabrikanten scheint das sehr wider den Strich gegangen zu sein, denn jetzt, wo der Geschäftsgang anfängt, Schlapp zu werden, nimmt man in geradezu rücksichtsloser Weise Entlassungen vor, und vor Allem werden Personen entlassen, die organisiert sind. Hoffent-

lich sind die Arbeiter auf der Hut und lassen sich durch diese Praktiken nicht in die Sommer erzwungene Aufbesserung wieder entziehen.

Die Galleische Portland-Zementfabrik, deren Prospekt wir vor einigen Wochen zum Abdruck brachten, hat auch einem Theil ihrer Arbeiter eine „Dividende“ gemährt und zwar in Form einer Lohnherabsetzung. Die Arbeiter des zu der Zementfabrik gehörenden Steinbruchs haben einen Abzug von 2 Pf. pro Stunde erhalten. Alle Jahre vom 1. Oktober bis 1. April zahlt die Fabrikverwaltung den genannten Arbeitern 20 Pf. pro Schicht weniger mit der Begründung, daß sie immer so gewesen, und wenn es nicht passe, der Lohne ja gehen. Der Abzug wird auch so lange regelmäßig wieder kommen, bis die Brucharbeiter sich organisiert haben und der Organisation auch treu bleiben. Die betreffenden Kollegen waren am Beginn des Jahres alle Mitglieder unserer Organisation. Da meinten sie aber, was sollen wir in dem Verband, mehr wie 3 Mark können wir nicht verdienen. Die Beiträge waren ihnen zu viel, dieses Geld wollten sie sparen. Nun haben sie 15 Pf. pro Woche gespart, und 1,20 Mk. werden ihnen am Lohne abgezogen, ohne daß sie sich auch nur im Geringsten dagegen sträuben können. Das ist ein für die Kollegen ganz unliebsamer Erfolg ihrer Spartheorie.

Korrespondenzen.

Mitons. Am 11. Oktober tagte hier unsere Versammlung. Der Kollege Heide referierte über: Die Ursache des Bauernkrieges. Darauf wurde die Abrechnung vorgelegt. Diese bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 387,70 Mk. Der Sozialkassenbestand beträgt 11,97 Mk. Dem zweiten Bevollmächtigten wurde Entlastung erteilt. — Darauf gab Kollege F. den Geschäftsbericht. Es sind in den verfloßenen 3 Quartalen 10 Mitglieder-Versammlungen, eine öffentliche und 2 gemeinwirtschaftliche Versammlungen abgehalten worden. Versandt wurden 134 Briefe und Postkarten. Darauf wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht, ein Bibliothekar und zwei Hilfskassierer gewählt.

Magdeburg. In der am 28. Oktober im „Malkisch“ stattgehabten Versammlung legte der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal vor, welche für richtig befunden wurde. Hierauf erstatteten die Bevollmächtigten den Bericht über das verfloßene Jahr. Es hat eine ziemlich große Flaute in unserer Zahlstelle geherrscht und haben wir nur geringe Fortschritte zu verzeichnen. Viele Mitglieder sind mit ihren Beiträgen zurückgeblieben, andere mußten ausgeschlossen werden. Der Wunsch der Lechnhauser Kollegen, eine eigene Zahlstelle zu haben, ging in Erfüllung, hat uns aber auch geschwächt; doch wurden dadurch Kollegen dem Verbands gewonnen, welche uns sonst ferngeblieben wären. Für die Bibliothek wurden mehrere Bücher angeschafft, dieselben dürften besser benutzt werden, nachdem die Abgabe der Bücher unentgeltlich erfolgt. An der dem Bericht folgenden Debatte beteiligten sich mehrere Kollegen. Darauf wurden die Bevollmächtigten und Revisoren per Stimmentzettel in Vorschlag gebracht. Es wurde noch beschlossen, in Zukunft in den Versammlungen jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, nachmittags 3 1/2 Uhr, stattfinden zu lassen, wamöglich mit einem Referat, nach vorhergehenden Vorgesängen, die Geselligkeit besser zu pflegen, und nachdem der Bevollmächtigte die Kollegen ermahnt, ihre Pflicht zu thun und die verderbliche Müßiggang abzugeben, wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung geschlossen.

Berlin. Mittwoch, den 21. Oktober, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegin Kulow durch Erheben von den Sitzen. Kollege Jant erstattete den Geschäftsbericht. Im dritten Quartal sind zwei Mitglieder-Versammlungen und eine öffentliche Versammlung abgehalten worden. Der Versammlungsbesuch war im Allgemeinen flau. Eine Anzahl Mitglieder mußten wegen Restrirens der Beiträge gestrichen werden. Es wurden die Hilfskassierer ernannt, mehr den Restanten ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Den Kassierbericht erstattete Kollege Kühle. Die Einnahmen betragen im dritten Quartal 687,56 Mk., die Ausgaben 337,23 Mk. Dem zweiten Bevollmächtigten wurde Entlastung erteilt. Nachdem die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht, wurde ein Antrag des Kollegen Jant, 5 Pf. Extrabeit pro Woche zu zahlen, einstimmig angenommen. Dann ward noch einstimmig beschlossen, den Hilfskassierern 5 Prozent von dem kassierten Geld als Vergütung zu gewähren. Die Versammlungen im Winterhalbjahr werden Sonntag-nachmittags abgehalten, ihnen folgt ein gemütliches Beisammensein.

Schlingen. Am 18. Oktober tagte im „Goldenen Anker“ unsere Mitglieder-Versammlung. Der 1. Bevollmächtigte gab einen Ueberblick über die entfaltete Thätigkeit und deren Folgen. Es traten 80 Mitglieder ein, davon 62 weibliche. Es bedarf eines großen Aufwandes an Aufklärung, um die gewonnenen Mitglieder auch mit den richtigen Ideen bekannt zu machen. Darauf gab der 2. Bevollmächtigte seinen Bericht. Es wurde ihm Entlastung erteilt und gleichzeitig der Dank der Versammlung ausgesprochen für seine agitatorische Thätigkeit und seine Leistungen als 2. Bevollmächtigte. Sodann wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht.

Stettin. Am 28. Oktober referierte Kollege Adelung in einer Versammlung, welche im Lokale von Jas. Stenfeld stattfand, über „Politik und Gewerkschaft“. In 1/4 stündiger Rede legte er auseinander, wie sich die freien Gewerkschaften von den christlichen unterscheiden. Nachdem dann noch die Kollegen das und Reichert darauf hingewiesen, daß die „Ratener Volkszeitung“ als wahre Vertreterin der Arbeiter in keiner Arbeiterfamilie fehlen dürfte, schloß Kollege Weiler mit einem dreifachen Hoch auf die freien Gewerkschaften die imposante Versammlung.

Frankenthal. Eine schöne Entwicklung unserer Zahlstelle konnte in der Versammlung vom 14. Oktober konstatiert werden. In dem vorausgegangenen Jahre ist die Zahl unserer Mitglieder von 80 auf 150 angewachsen. Die amtierenden Bevollmächtigten lehnten eine Wiederwahl ab und wurden die Kollegen Johann Krauß, Karl Bernard und Max Fengel als Bevollmächtigte vorgeschlagen. Die Versammlung votierte dem Kollegen Jakob Feins ihren Dank für seine geleistete aufopfernde Thätigkeit.

Galle e. S. Am Sonntag, den 21. Oktober, tagte im „Reithaus“ eine gemeinsame Sitzung wegen Einführung einer Lohnkommission der Zahlstellen Galle-Süd, Galle-Nord, Ammerdorf, Passendorf, Kiehlben und Bettra. Nach einer lebhaften Debatte wurde beschlossen, eine Lohnkommission einzusetzen und soll jede der Zahlstellen zwei Kollegen hierzu wählen. Wenn deren Thätigkeit Arbeitsverhältnisse hervorruft, sollen diese von den Zahlstellen entschädigt werden. Ferner wurden die Verhältnisse der Zahlstelle Passendorf besprochen und da dieselben keine rechten sind, wurde Kollege Köppler beauftragt, den Hauptvorstand hieron in Kenntnis zu

setzen. Ebenfalls wurde noch lebhaft bedauert, daß unser Bauernverband beschloßen hat, diesen Herbst keine Agitationstour zu unternehmen, da es ihm an Mitteln fehlt. Es soll deshalb Kollege Bray ermahnt werden, eine Agitationstour in unseren Zahlstellen zu unternehmen, damit wir vorwärts kommen. Die entstehenden Kosten sollen durch Erheben von Eintrittsgeld in den Versammlungen gedeckt werden und ein event. Ueber-schuss soll dem Streifensfonds zufließen.

Harburg. In der Mitglieder-Versammlung am 30. Oktober referierte Genosse Bürger-Damburg über: Die Organisation der Unternehmern.“ Hierauf folgte der Bericht des Hauptvorstandes. Die Kollegen Martens, Böger und Seidenkauer wurden einstimmig wieder in den Hauptvorstand gewählt. Ferner wurde über den „berühmten“ wirtschaftlichen Schutzverband verhandelt. Derselbe hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Arbeiterorganisationen und dem Reichsblatt den Gehorsam zu machen. So haben sich schon einige Geschäftsleute ins Hochhorn jagen lassen und annuieren nicht mehr im Arbeiterblatt. Da andere Gewerkschaften zu dieser Sache schon Stellung genommen haben, empfahl Böger der Versammlung, sie solle nur bei solchen Geschäften laufen, die vom wirtschaftlichen Schutzverband boykottiert werden. In „Berchiebenes“ sprach Kollege Seidenkauer sein Erklärten über die prägnanten Handlungen des Hauptvorstandes aus: Die Beschlüsse des Verbandes, die am 1. Oktober in Kraft treten, seien glücklich am 20. Oktober veröffentlicht. Ebenso würden die Quartals-Abrechnungen nicht spät veröffentlicht. Ferner seien vom Hauptvorstand Abrechnungsformulare verfaßt, die alles andere, nur nicht ausführbar seien, dieselben wären so kompliziert, daß selbst größere Zahlstellen nicht im Stande seien, die Formulare auszufüllen. Sollten diese Formulare unangenehm sein, so müßten sie vereinfacht werden. Nachdem noch einige Wahlen vollzogen waren, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

(Es hat uns Niemand beantragt, die Beschlüsse des Verbandes zu veröffentlichen, wenn wir es thäten, so geschähe es freiwillig, um sie den Mitgliedern in übersichtlicher Weise vor Augen zu führen; daraus dem Vorstand den Vorwurf unpräziser Handlungen heranzuleiten, ist völlig ungerathen. Gegen die Formulare haben bislang nur die Harburger Kollegen Beschwerde geführt. Gegen die Behauptung, sie seien nicht auszufüllen, spricht doch sehr der Umstand, daß die eingehenden Abrechnungen für das dritte Quartal zu 95 Prozent aus den geschickten Formularen bestehen, die ausgefüllt und eingingen. Ein Theil davon war falsch, aber ein ebenso großer Theil der „einfachen“ Abrechnungsformulare ging uns auch falsch zu. Die neuen Formulare machen weniger Arbeit wie die alten, sind also einfacher, sie ermöglichen einen genaueren Ueberblick, weisen den Verbleib der Einnahmen und Ausgaben sicher nach. Nur daß eine Lokalabrechnung verlangt wird, das macht Manchem die Abrechnungsformulare verhaßt. Diese Leute können beruhigt sein. Wir können von ihren Lokalführern nur nehmen, was sie uns freiwillig geben. D. R.)

Stettin. Am 1. November sprach hier in einer Versammlung der Führer der christlichen Bergleute, Brust aus Alteneffen, über „Arbeiterorganisationen“. Der „christlichen“ Gewerkschaften lang Brust, was bei ihm ganz natürlich, ein hohes Lied. Sie sind die einzig richtige Organisationsform. Der Gedanke der Neutralität, der in der letzten Zeit auch von den „modernen“ Gewerkschaften unter dem Einfluß der „christlichen“ gepflegt werde, sei von ihm schon längst geurteilt worden. Nach Brust sind die Bischöfe an dem bekannnten Fiktionsbrief gänzlich unschuldig; er wies ganz genau nach, wie der Brief zu Stande kam. Ein Berliner Millionär, ein Herr von Savigny, der mit seiner Zeit nichts Besseres zu thun mußte — er braucht ja als Millionär nichts zu schaffen und kann sie nach Belieben vertheilen — habe eine Strohähre über die Gewerkschaftsbewegung geschrieben, die den Fiktionsbrief im Gefolge hatte. Daß die „christlichen“ Gewerkschaften als Gegenverbände gegründet worden, sei nicht wahr. Die Gründung war nothwendig, weil man in den „freien“ Gewerkschaften, die unter sozialdemokratischem Einfluß stehen, in seinen heiligsten Gefühlen verletzt worden sei. Um zu beweisen, wie neutral der „christliche“ Bergarbeiterverband ist, verliest Brust dessen Programm. Unter Darlegung dessen, was man im „christlichen“ Verband für seine 10 Pf., die man in der Woche bezahlt, erhält, und was man im „sozialdemokratischen“ (unserem) Verband für seine 15 Pf. nicht Alles erhält, wobei er aber unsere Leistungen unter-schlug, forderte er zum Beitritt bei den „christlichen“ auf. Bon seiner Sachkenntnis getrieben, entwarf er dann noch ein gar reizendes Bild von den patriarchalischen Zuständen in Stettin-Leidheim, wo Arbeiter und Arbeitgeber noch in Harmonie lebten. In seiner Entschuldigung sei angeführt, daß er keine Informationen aus dem Pfarrgange und von einigen streblamen „christlichen“ Gewerkschaftlern bezogen. Daß die „christlichen“ Gewerkschaften unter „ultramontanem“ Einfluß stehen, sei nur eine böswillige Erfindung der Sozialdemokratie. Er könne überhaupt die Sozialdemokratie nicht als berechtigt anerkennen. Nach nochmaligem Betonen der Ziele der „christlichen“ Gewerkschaftsbewegung schloß er seine Ausführungen, an die sich sofort die Diskussion anknüpfte. Redakteur und Direkter aus Ludwigshafen setzte sich sodann mit Herrn Brust über die Organisationen auseinander. Sie an Brust wendend, betont Direkter, daß auch sein Ideal eine Gewerkschaftsbewegung sei, die frei von allen politischer und religiösen Beeinflussungen für die Interessen der Arbeiter schärf eintrete. So lange die „christlichen“ Gewerkschaften gegründet würden, wie dies in Stettin-Leidheim geschehen, um den bestehenden Organisationen das Wasser abzugraben, könne er für die „christlichen“ keine besondere Sympathie hegen. Wo überhaupt christliche Gewerkschaften, da doch die Religion mit der Arbeit gar nichts zu thun habe. Wenn man Roththun anschießt, dann sollte man auch die Religionsfragen anschießen. Geistliche hätten überhaupt nichts in den Arbeitervereinen verloren. Sie hätten niemals als Arbeiter gelebt und müßten gar nicht, wie dieselben empfinden. Trotz allen Ablaensens von Seiten Brust's sei es doch wahr, daß die „christlichen“ Verbände unter „ultramontanem“ Einfluß stehen. Der hiesige Verband beweise ihm dies am besten. Eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit könne es gar nicht geben. Was dem Einen sein Vortheil, sei des Andern Nachtheil. Der Unternehmer gebe nur das, was er gezwungen werde. Die übrigen Angestellte Brust's richtig stellend und demselben mit einer Fülle von Material über die christliche Gewerkschaftsbewegung dienend, wies Direkter das Märchen der patriarchalischen Arbeitgeber in Stettin-Leidheim an der Hand der Thatsache zurück. Zum Eintritt in den Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen auffordernd und zum Kampfe wider den Kapitalismus aufmunternd, schloß Direkter seine mit stürmischer Beifall ausgenommenen Ausführungen, die sofort Brust auf den Plan lockten, der, über zwei Stunden in der breitesten Weise von allem Möglichen und Unmöglichen sprechend, die Ausführungen Direkter's zu widerlegen suchte. Eine nochmalige Widerlegung wurde durch Anbelegung der Redefreiheit verhindert. Brust bestritt: Ich verbiete von jetzt ab der hiesigen Mitgliederchaft des Verbandes christlicher Bergleute noch einmal, eine derartige öffentliche Versammlung abzuhalten oder sich mit den Sozialdemokraten und den Mitgliedern der sozialdemokratischen Gewerkschaft in Debatten einzulassen. Ich verbiete ihnen dies hiermit; die christlichen Bergleute sollen für sich bleiben. Redefreiheit darf nicht mehr zugesichert werden. Wenn die Herren Sozialdemokraten zu uns kommen wollen, so habe ich nichts dagegen; aber sie haben zu schweigen und nicht zu reden. Sie mögen ihre Weisheit für sich behalten! Und dieser

